

# DpL wollen Franchisen-Befreiung für Rentner jetzt vors Volk bringen

**Erneuter Vorstoss** Nachdem ihre Initiative zur Befreiung der Rentner von der festen OKP-Kostenbeteiligung vergangenes Jahr im Landtag zu wenig Anklang fand, wollen die Demokraten pro Liechtenstein mit ihrem Vorstoss nun direkt vors Volk.

VON SEBASTIAN ALBRICH

Seit rund zehn Jahren wurden in Liechtenstein die **Renten** nicht mehr angepasst. Um den Druck auf die Rentner zu reduzieren, versuchten die DpL im September, die Idee im Landtag beliebt zu machen, für diese die feste Kostenbeteiligung von jährlich 500 Franken zu streichen. Die anfallenden Kosten von rund 3,5 Millionen Franken soll der Staat übernehmen. Jedoch mit mässigem Erfolg: Lediglich 10 Abgeordnete stimmten der parlamentarischen Initiative zu, 15 waren gegen Eintreten. Kritik kam damals im Landtag vor allem aus den Lagern von VU und FBP. Speziell das «Giesskannen-Prinzip» des Vorstosses stiess dabei auf Ablehnung. So würden auch die Reichsten von dieser Lösung profitieren und nicht nur einkommenschwächere Rentner, die diese auch tat-

sächlich benötigen könnten. Die vorgeschlagene Gesetzesänderung sei einfach zu wenig zielgerichtet. Auch seitens des Seniorenbundes gab es Zweifel und Bedenken, dass die Befreiungen einen «längst überfälligen Teuerungsausgleich» bei den **Renten** ersetzen können. Zwar brächte der Vorstoss eine willkommene kurzfristige Entlastung, könne aber längerfristig eine Prämienerrhöhung nach sich ziehen, erklärte Seniorenbund-Präsidentin Renate Wohlwend bereits im Mai 2021 gegenüber dem «Volksblatt».

## DpL optimistisch

Für die DpL sind diese Rückschläge kein Grund, ihre Initiative nicht

weiter zu verfolgen. Deshalb hat der DpL-Landesausschuss am 13. Januar auch beschlossen, den letztjährigen Vorstoss noch einmal unverändert als Volksinitiative zu lancieren und bei der Regierung einzureichen. «Wir sind auch weiterhin der Überzeugung, dass es sich um die kostengünstigste, effizienteste und zielführendste Möglichkeit handelt.»

THOMAS REHAK  
DPL-PARTEIPRÄSIDENT

weiter zu verfolgen. Deshalb hat der DpL-Landesausschuss am 13. Januar auch beschlossen, den letztjährigen Vorstoss noch einmal unverändert als Volksinitiative zu lancieren und bei der Regierung einzureichen. «Wir sind auch weiterhin der Überzeugung, dass es sich hierbei um die kostengünstigste, effizienteste und zielführendste Möglichkeit zur Entlastung der Rentner handelt», unterstreicht DpL-Präsident Thomas Rehak auf Anfrage. Die bisherigen kritischen Rückmeldungen erachtet er dabei nicht als ausschlaggebend. Es seien nun doch ein paar Monate ins Land gezogen und die Abgeordneten hatten Zeit, neue Informationen zu

sammeln und ihre Meinung anzupassen. Zudem hätten 10 von 25 ja bereits im September für Eintreten gestimmt. Auch bei den Seniorenbaut er auf eine grosse Zustimmung. Schliesslich habe sich laut Rehak damals nicht der gesamte Seniorenbund, sondern lediglich Renate Wohlwend, die der FBP diesbezüglich sehr nahestehe, zur Thematik geäussert. «Wir haben zwischenzeitlich mit vielen Rentnern Kontakt gehabt, die eine Befreiung von der Franchise befürworten», ergänzt der DpL-Parteipräsident.

## 1000 Unterschriften notwendig

Nun soll eben das Volk über die Franchisen-Befreiung der Rentner entscheiden und die DpL will sich, sobald die Initiative erfolgreich geprüft wurde, an die landesweite Sammlung der 1000 notwendigen Unterschriften machen.